

März 2008

# GRÜNE ZEITEN

ZEITSCHRIFT FÜR GRÜNE POLITIK IN NIEDERSACHSEN

**SCHWARZ-GELB-ROT  
IST DER KLIMATOD.**

**ERNEUERBARE ENERGIEN STATT NEUER KOHLEKRAFTWERKE.**

**LANDTAGSWAHL 2008**

**ANALYSEN ■ FAKTEN ■ MEINUNGEN**

**SOLARE ZUKUNFT NIEDERSACHSENS**

**GRÜNE GEGEN EIN KOHLEKRAFTWERK IN WILHELMSHAVEN**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



# Entschieden GRÜN

## Wie weiter mit acht Prozent?



Dorothea Steiner

Acht Prozent für die Grünen waren am Wahlabend ein Grund zur Freude – sie sind aber kein Grund zur Zufriedenheit und keine Basis dafür, sich zurückzulehnen. Fünf Parteien auch im niedersächsischen Landtag: das bringt uns in die gleiche Wettbewerbssituation, wie sie im Bund bereits existiert und die uns derzeit keine rosigen Umfrageergebnisse beschert.

Die parlamentarische Newcomerin „Die Linke“ macht Schlagzeilen und kann mit erhöhtem medialem Interesse rechnen. Dass sie bereits über verbohrtete DKP-Positionen ins Stolpern gekommen ist, sollten wir nicht überschätzen. „Siehstet!“ ist leicht gesagt. Aber es erspart uns nicht, immer wieder eine schlüssige Antwort darauf zu geben, warum Menschen sich für Bündnis 90/Die Grünen entscheiden sollen.

### Ökokompetenz wahlentscheidend

Die Niedersachsenwahl belegt, dass wir an erster Stelle für unsere Ökokompetenz gewählt werden – für über 60 Prozent war das wahlentscheidend. Wir haben im Wahlkampf öfter die Frage diskutiert: Haben Euch die anderen nicht das Thema geklaut – alle machen doch jetzt Umweltpolitik? Sinkt nicht die Neigung zu Grün, wenn schon Angela Merkel das Klima rettet und Sigmar Gabriel mit dem Umweltministerium Ökopunkte für die SPD sammelt? Sicher reden alle von Umweltpolitik, selbst die FDP schmückt sich mit verbalem Einsatz für die Erneuerbaren Energien – aber wir haben aus gutem Grund beim Wahlplakat für die letzte Woche getitelt: Schwarz-Gelb-Rot ist der Klimatod. Wenn es ernst wird mit der Weichenstellung: Weg von der Kohle und weg vom Öl, dann sind die Grünen die Einzigen, die konsequent sind, Konzepte entwickeln, wie es gehen kann und auch polarisieren, wenn es um krasse Fehlentscheidungen geht wie dem Bau neuer Kohlekraftwerke vor allem an der Küste. Zwei Drittel der Grün-WählerInnen haben sich über Themen und Sachfragen für uns entschieden, nur für 20 Prozent war die langfristige Bindung an die Partei entscheidend. Wir werden Zustimmung erhalten, wenn wir auf diesem Feld unsere Kompetenz weiterentwi-

ckeln und dafür sorgen, dass wir damit wahrgenommen werden.

Dass wir unsere Ziele in der Bildungspolitik weiterverfolgen, ist zwingend – gerade weil CDU und FDP behaupten, die Wählerstimmen für Schwarz-Gelb wären Stimmen für ihre verkorkste Schulpolitik. Das trifft definitiv nicht zu. Die Unzufriedenheit mit dieser Schulpolitik wird erwartungsgemäß nicht abnehmen, nur weil eine gescheiterte Justizministerin jetzt den Griffel im Kultusministerium schwingt.

### Die soziale Spaltung verschärft sich

Wirtschaft und Fragen der sozialen Gerechtigkeit waren die zentralen Themen bei dieser Wahl. Auch für Grünen-WählerInnen war soziale Gerechtigkeit ein Kriterium bei ihrer Entscheidung. Der Wahlkampf hat aber gezeigt, dass es nicht immer gelingt, Grüne in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik glaubwürdig als treibende Kraft zu vermitteln. Die soziale Spaltung verschärft sich erkennbar und es ist notwendig, die Richtung, die wir im November in Nürnberg beschlossen haben, auch in der politischen Praxis umzusetzen – mit entsprechendem Engagement. Die Zustimmung für Bündnis 90/Die Grünen wird in den beiden kommenden Jahren auch davon abhängen, wie glaubwürdig unser Einsatz für soziale Gerechtigkeit sein wird. Und das beziehe ich nicht nur auf die Diskussion über Hartz IV und Mindestlöhne. Das gilt auf Landesebene ebenso wie in der Bundespolitik. ●

*Dorothea Steiner*

*Dorothea Steiner, Landesvorsitzende  
der niedersächsischen Grünen*

# Zeit für den Wandel

## Niedersachsen hat gewählt

In der Parteipolitik werden Lageeinschätzungen oft so stark von subjektiven Interessen geprägt, dass Wahlauswertungen oberflächlich bleiben. Dabei zählen fundierte Auswertungen von Wahlausgängen zu den wichtigsten Aufgaben der Strategieentwicklung. Am Ende müssen auch Konsequenzen für die künftige Arbeit gezogen werden. Nach der (Mit-) Verantwortung für die vier letzten Wahlkämpfe habe ich eine umfanglichere Auswertung der Landtagswahl vorgenommen. Der komplette Text ist unter [www.raimund-nowak.de](http://www.raimund-nowak.de) abrufbar.

### Licht und Schatten

Für uns bringt der Wahlausgang viel Licht, aber auch Schatten. In einer durch den Auftritt der Linken veränderten Wettbewerbsslage und ohne realistische Regierungsoption wurde das beste Wahlergebnis in unserer 25-jährigen Geschichte eingefahren.

Die Nachwuchsarbeit läuft gut und die neue Landtagsfraktion zeigt sich deutlich verjüngt. Auch unsere WählerInnenschaft ist jünger als die der anderen Parteien und bei der interkulturellen Öffnung der Partei sind wir auf einem vielversprechenden Weg. Wir haben es geschafft, auch in vielen ländlichen Regionen zu einer stabilen Kraft zu werden. Bei diesen Landtagswahlen standen Zugewinnen in den ländlichen Gebieten einer Stagnation (ab und an sogar leichten Verlusten) in den Großstadtreigionen gegenüber.

### Konsequenzen ziehen

Die GRÜNEN in Niedersachsen befinden sich in einer stabilen Situation – auch im Vergleich zu anderen grünen Landesverbänden – in der sie mit Selbstbewusstsein eine Neuausrichtung der Parteiarbeit angehen können. Denn, Veränderungen sind notwendig! Wir können nicht zufrieden damit sein, dass wir in Niedersachsen nur Anfang der 90er Jahre die Chance einer Regierungsbeteiligung hatten. Wir müssen uns fragen, warum von den rund 300.000 WählerInnen der Landtagswahl 2003 diesmal gut 40.000 nicht zur Wahl gegangen sind und fast die gleiche Zahl Linke oder eine andere Partei gewählt hat. Auch wenn wir von SPD, CDU und FDP rund 30.000 Wählerinnen und Wähler gewinnen konnten, dürfen wir nicht einfach darüber hinweggehen, dass unsere Performance in den vergangenen Monaten häufig als blass und

unauffällig beschrieben wurde. Wir können auch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, wenn der Bekanntheitsgrad der Spitzenebene gering ist und wir in einigen sehr relevanten Politikfeldern (zum Beispiel Wirtschaft, Finanzen und Soziales) desaströse Kompetenzwerte zugeschrieben bekommen. Wir sollten auch nicht darüber hinweggehen, dass auf der lokalen Ebene in sehr unterschiedlicher Intensität Wahlkampf betrieben wurde und die Form der Landeslistenaufstellung mittlerweile einer positiven Parteientwicklung im Wege steht.

Wir müssen ernst machen mit einer Anpassung der Parteiarbeit an veränderte gesellschaftliche (und mediale!) Realitäten. Nur auf den ersten Blick zeugen die Wahlergebnisse der Parteien in Niedersachsen von Stabilität. Faktisch haben wir es mit einer enormen Mobilität zu tun. Nachlassende Bindungswirkungen können von uns jedoch auch als Chance begriffen werden. Die Landtagswahlen haben Niedersachsen nicht grüner gemacht, sie haben den GRÜNEN jedoch die Möglichkeit gegeben, auf einer guten Grundlage einen Neustart zu wagen. Vor diesem Hintergrund wollen wir bis zur Sommerpause mit vielen Menschen innerhalb und außerhalb unserer Partei diskutieren. ●



Raimund Nowak

Raimund Nowak, Landesvorsitzender  
der niedersächsischen Grünen

## Drachen steigen nur gegen den Wind ...

### Ursula Helmhold und Stefan Wenzel zum Ausgang der Wahl



Ursula Helmhold  
und Stefan Wenzel

Mit dem bisher besten prozentualen Wahlergebnis bei Landtagswahlen in Niedersachsen haben wir uns in einem schwierigen Umfeld behauptet. Dennoch ist keine Zeit um sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Wir hatten uns mehr vorgenommen und unsere Wahlziele waren nicht unerreichbar. Unsere Mobilisierungsfähigkeit war jedoch nicht ausreichend. Die niedrige Wahlbeteiligung hat Spuren hinterlassen, wie man an dem Ergebnis in absoluten Stimmen ablesen kann.

Die Wahlen in Hessen und Niedersachsen zeigen: Auch wenn grüne Projekte und Ideen heute viel breiter in der Gesellschaft verankert sind als noch vor zehn Jahren, sind grüne Wahlerfolge kein Selbstläufer. Selbst der politische Gegner hängt sich ein vordergründig grünes Mäntelchen um. Das heißt für uns:

Die zentralen Botschaften müssen deutlicher und klarer kommen, die personelle Zuspitzung muss früher und schärfer kommen, die Unterstützung aus Berlin muss stärker werden, das Internet muss viel offensiver genutzt werden und ein ganz zentraler Punkt: Wir brauchen mehr Mitglieder.

Wir stehen erneut in der Opposition. Die CDU/FDP-Regierung ist geschwächt, hat aber eine Mehrheit. Ihre wohl größte Schwäche ist ihre Ideenschwäche. Außer einer personellen Rochade ist keine Idee zu erkennen. Das neue Regierungsprogramm zeigt: Diese Truppe hat kein Ziel. Sie hat auch keine Vorstellung von den Herausforderungen, die auf uns zukommen. Ihr Programm ist ein Weiter so, ein Verwaltungsprogramm. Auf zentralen Politikfeldern ist diese Regierung gescheitert. Hier liegt unsere Aufgabe: Wir werden diese neue Landesregierung treiben, denn die soziale und ökologische Erneuerung Niedersachsens ist überfällig.

Wir stecken den Kopf nicht in den Sand, sondern stellen uns diesen Herausforderungen. Eine andere Welt ist möglich: Vieles haben die Grünen gegen große Widerstände erkämpft. Immer wieder haben wir erlebt, dass starker Gegenwind ungeahnte Kräfte freisetzen kann. Immer wieder haben wir erlebt: Drachen steigen nur gegen den Wind.

Wir wollen, dass Niedersachsen mit einem Klima-Innovationsfond zum Technologieführer bei erneuerbaren Energien und bei Effizienztechnologie als den entscheidenden Jobmoto-

ren der Zukunft wird. Wir wollen 100 Prozent erneuerbare Energien.

Wir wollen, dass kein Kind die Schule mehr ohne Abschluss verlassen muss, dass jeder Jugendliche eine Ausbildungsplatzgarantie erhält, und dass Niedersachsen ein Kinder- und Jugendministerium einführt.

Wir fordern eine Initiative zur Integration zusammen mit MigrantInnen und der Mehrheitsgesellschaft, basierend auf Respekt und Toleranz, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Dazu gehört die Gleichberechtigung im Alltag, eine Bildungsoffensive zur Anerkennung und Förderung kultureller und sprachlicher Potenziale in unserer Gesellschaft.

Die Linke hat bereits jetzt gezeigt, dass sie im Wesentlichen um sich selbst kreist und unsere Ideen aufwärmen will. Auch die SPD hat die Chance zur Erneuerung vertan und wird kaum in der Lage sein, die Regierung ernsthaft anzugehen. Das ist unsere Chance: Wir werden zeigen, dass wir die ideenstärkste, die kreativste und die reaktionsschnellste Oppositionspartei sind.

Die Mittel und Wege werden vielfach neue sein müssen. Wir stehen für den Wandel und wir müssen den Wandel auch selber leben. Wir müssen uns neu erfinden, um als Partei und Fraktion zu wachsen und um deutlich bessere Wahlergebnisse einzufahren. Diese Arbeit beginnt jetzt. Für Morgen. Für 2013. ●

*Ursula Helmhold*

*Stefan Wenzel*

Unser Spitzenteam zur Landtagswahl 2008

## Mehr Profil in Ökologie und Solidarität

Interview mit Brigitte Pothmer und Jürgen Trittin

Die Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg waren auch ein wichtiger bundespolitischer Stimmungstest. Knapp zwei Jahre vor der Bundestagswahl ist die Lage jedoch eher unübersichtlicher geworden. Die Große Koalition versucht durch öffentliche Streitereien gleichzeitig Regierung und Opposition zu sein und der Einzug der Linken in die westdeutschen Landesparlamente könnte das Ende des Vier-Parteiensystems bedeuten. Hierdurch wird die Bildung klassischer Zwei-Parteien Koalitionen immer unwahrscheinlicher. Was bedeutet dies für die GRÜNEN mit Blick auf die Bundestagswahlen 2009? Darüber sprachen wir mit den niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Brigitte Pothmer und Jürgen Trittin.

### Welche Folgerungen zieht ihr aus den Landtagswahlen?

*Jürgen Trittin:* Schwarz-Gelb hat in Hessen und Niedersachsen bis zu einem Viertel ihrer Wähler verloren. Aber wir Grüne konnten davon nicht profitieren, wir verloren in Hessen ein Viertel und in Niedersachsen ein Zehntel der Wähler. Die Konkurrenzsituation mit SPD und Linkspartei hat sich dramatisch verschärft. In Hessen haben wir einen Vorgeschmack auf den Bundestagswahlkampf 2009 bekommen. Die SPD hat ihre Verluste an die PDL akzeptiert und von rechts nichts geholt. Sie versucht sich bei uns schadloos zu halten. Bei allen Koalitionschnittmengen mit der SPD muss uns diese brutale Konkurrenzsituation klar sein. Die Verluste in den grünen Hochburgen zeigen, dass wir neben der SPD im relevanten Bereich zur PDL verlieren. Inhaltlich heißt das für uns: Die Profilierung durch Ökologie und Klimaschutz muss durch ein grünes Profil sozialer Gerechtigkeit ergänzt werden. Grünes Profil beruht auf Programm, Personen, Power – also auch der Beantwortung der Machtfrage. Das hat machtpolitische Konsequenzen: Atomausstieg, Tempolimit, Mindestlohn und ALG2-Erhöhung kann man schlecht mit Jamaika umsetzen.

*Brigitte Pothmer:* Ich glaube nicht, dass jetzt eine Debatte über ein Linksbündnis sinnvoll ist. Davon profitiert nur die Linkspartei. Wichtiger als über Koalitionsoptionen zu spekulieren ist die Frage, wie wir es schaffen, mehr Menschen davon zu überzeugen, Grün zu wählen. Unser Potenzial in der Gesellschaft ist um ein Vielfaches größer, als es sich am Wahltag gezeigt hat. Klimaschutz, der Kampf gegen Atom- und Gentechnik, Toleranz gegenüber anderen Lebensweisen und Kulturen oder der Einsatz für Frauenrechte, sind heute gesellschaftliche Mehrheitsmeinungen. Und

den Kampf gegen Armut und für soziale Gerechtigkeit haben wir schon lange vor der Gründung der Linkspartei geführt. Das müsste eigentlich die doppelte oder dreifache Stimmenzahl geben. Ich wünsche mir nach den Landtagswahlen, dass wir mehr Selbstbewusstsein für mehr Profil in Ökologie und Solidarität entwickeln.

So wie in Hessen und Hamburg in grundsätzlich unterschiedlichen Konstellationen gefordert zu sein, wird nur gelingen, wenn wir stark und selbstbewusst sowohl die Inhalte als auch die dazu gehörenden Stimmenpakete auf den Tisch des Hauses legen können.

### Bedeutet der Erfolg der Linken in Niedersachsen, Hessen und Hamburg das Ende des Vier-Parteiensystems?

*Brigitte Pothmer:* Ich halte es für noch längst nicht ausgemacht, dass sich die Linke tatsächlich dauerhaft im Parteiensystem etabliert. Anders als wir Grünen haben sie kein eigenes Gründungsthema. Wir stehen für ökologischen und sozialen Aufbruch und Fortschritt. Die Linke ist Rückschau auf den Sozialstaat der siebziger Jahre und überkommene Revolutionsrhetorik. Sie lebt vom Protest. Steuerskandale und Raffgier arbeiten ihr dabei natürlich in die Hände. Aber eine Partei, deren Wurzeln im Wirtschafts-, Demokratie- und Staatsbankrott der DDR liegen ist ein unglaublicher Anwalt für mehr Ehrlichkeit. Protestwähler können so schnell gehen wie sie gekommen sind. Im Übrigen sehe ich keine zwangsläufig neuen Gesetzmäßigkeiten für die Koalitionsarithmetik. In Niedersachsen, Berlin und Bremen und im Bundestag sitzen zwar auch jeweils fünf Parteien im Parlament, aber trotzdem nur jeweils zwei in der Regierung. Auch in Hamburg ist ein Zweierbündnis wahrscheinlich.



Brigitte Pothmer



Jürgen Trittin



*Jürgen Trittin:* In einem Fünf-Parteien-Parlament wird die Mehrheitsbildung schwerer – doppelt schwer wird sie, wenn eine der fünf Parteien gar nicht regieren will. Dann droht ein Dauer-Abo der CDU auf Regierungsbeteiligung. Deshalb muss man die PDL an ihrer Verantwortung vorführen – wie das nun durch die Grünen in Hessen geschieht. Sie aus den Parlamenten heraus zu halten, ist am 27. Januar gescheitert. Es bedarf einer klaren inhaltlichen Auseinandersetzung mit der PDL – und man muss sie unter Druck setzen, ihre gewonnenen Stimmen in konkrete Politik umzusetzen. In Berlin hat sie dies ein Drittel ihrer Stimmen gekostet.

**Auf der einen Seite funktionieren klassische Koalitionen in einem Fünf-Parteiensystem nicht mehr so leicht, auf der anderen Seite wird allenthalben von einem bürgerlichen und einem linken Lager geredet. Wo seht ihr hier auf Bundesebene die Zukunft der GRÜNEN?**

*Jürgen Trittin:* Grüne sind Ökologen. Ökologen sind der natürliche Feind der Neoliberalen. Die Schnittmengen mit CDU und FDP sind am geringsten – vom Atomausstieg über die Integration bis zum Mindestlohn. Der Wahlkampf wird stark um soziale Gerechtigkeit gehen. 76 Prozent unserer Wähler ordnen sich selbst als links ein – mehr als die Wähler der PDL. Der Kalauer, die Grünen seien nicht links und nicht rechts, führt nicht nach vorne sondern ins Abseits.

*Brigitte Pothmer:* Es ist kein Geheimnis, dass sich sowohl viele Mitglieder als auch viele WählerInnen der Grünen eher links verorten. Wenn man allerdings zur Regierungsfähigkeit beitragen will, wird der Kampf um Stimmen ausschließlich im linken Lager schnell zum Nullsummenspiel. Wie gesagt, auch im Zentrum der Gesellschaft wird inzwischen viel grün gedacht und gelebt, nur leider zu wenig grün gewählt. Das zu ändern ist unerlässlich, wenn dauerhaft Mehrheiten gegen den Konservatismus entstehen sollen.

**Jürgen, wo siehst du bei allen Koalitionsspekulationen die inhaltlichen Kernpunkte der GRÜNEN für eine Regierungsbeteiligung?**

*Jürgen Trittin:* Koalitionen macht man, um Inhalte durchzusetzen: Stilllegung der nächsten AKWs, Tempolimit, keine neuen Kohlekraftwerke, Grüne Grundsicherung, Mindestlohn, Integration statt Ausgrenzung.

**Brigitte, haben sich die Grünen beim Thema „Soziale Gerechtigkeit“ von der Linken überrunden lassen? Welche Antworten sollten wir auf das offensichtliche Gefühl der sozialen Ungerechtigkeit im Lande geben?**

*Brigitte Pothmer:* Die Hartz-Reformen haben zu einer tiefen Verunsicherung bis in die Mitte der Gesellschaft geführt. Die Linke hat das aufgegriffen. Mit unserem Grundsicherungskonzept machen wir jetzt allerdings deutlich, wie Armut nicht nur bekämpft, sondern wie auch die Entstehung von Armut verhindert werden muss. Und wir haben ein Programm für die Bekämpfung von Armut trotz Arbeit. Vergleichbare visionäre und zugleich praxistaugliche Vorschläge sind die Linken schuldig geblieben. Sie versprechen allen alles. Selbst ein renommierter Vertreter wie Andre Brie attestiert seiner eigenen Partei, dass ihr realistische Politikkonzepte fehlen. Das ist die Ausgangssituation, um für uns verloren gegangene WählerInnen zurück- und neue dazu zugewinnen. ●

## Abrocken und Nazis stoppen!



Antirassismuskampagne der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen

Deutlich unter zwei Prozent. Die NPD hat bei den Landtagswahlen in Niedersachsen eine herbe Niederlage erlitten. So erfreulich das ist, es ist noch lange kein Grund zur Entwarnung. Die Neonazis werden einerseits auch weiterhin versuchen durch ein scheinbar biederes und bürgerliches Auftreten gesellschaftliche Akzeptanz zu erlangen und andererseits auf Aufmärschen, in Kommunalparlamenten und im Internet ihre rassistische und antisemitische Hetze verbreiten.

### Gitarrenriffs, Drums und laute Stimmen gegen Nazis

Doch das lassen wir uns nicht gefallen! Deswegen hat die GRÜNE JUGEND Niedersachsen Anfang Dezember ihre Kampagne „Abrocken und Nazis stoppen!“ gestartet. Durch gezielt jugendgerechte kulturelle Aktivitäten versuchen wir viele eher unpolitische junge Menschen zu erreichen, um sie über Nazi-Propaganda aufzuklären. Das Feedback gerade von Jugendlichen auf unsere Anti-Nazi-CD ist, sowohl was die Musik als auch die inhaltliche Botschaft betrifft, äußerst positiv. Über 7.500 Tonträger konnten wir bisher unter die Leute bringen und im World Wide Web kommt das CD-Projekt unter anderem bei jungen BloggerInnen auch aufgrund der freien Creative Commons Lizenz super an. Die Konzerte unter dem Motto „Abrocken und Nazis stoppen!“ waren ebenfalls ein voller Erfolg. In Göttingen haben über 100, in Oldenburg über 200 und in Hannover über 350 junge Menschen zu lauter Rockmusik von regionalen Punkbands abgerockt und so ein deutliches Zeichen gegen Nazis gesetzt.

### Informieren und reagieren

Genauso wichtig wie die kulturellen Angebote ist bei unserer Kampagne aber auch die Bildungsarbeit. Mitte Dezember haben wir ein landesweites Seminar zu den Strukturen und Erscheinungsformen von Antisemitismus organisiert und im Rahmen dessen die neue Gedenkstätte am ehemaligen KZ Bergen-Belsen besichtigt. Weiterhin haben wir zum Beispiel in Hannover und Rotenburg öffentliche Informationsabende veranstaltet, bei denen wir über die neuen Strategien und die alte menschenverachtende Ideologie der Nazi-Szene informiert und diskutiert haben.

Bunt statt braun! Bei kreativen Mitmachaktionen fordern wir in vielen Städten Niedersachsens PassantInnen auf mit einem Foto „Gesicht gegen Rassismus“ zu zeigen und mit ihrem bunt bemalten Handabdruck klar Stellung gegen menschenfeindliches Gedankengut zu beziehen. Dabei verteilen wir unseren Anti-Nazi-Flyer mit dem Titel „Dumm, brutal und national – Nazis in Niedersachsen“, in dem wir auch über rassistische und antisemitische Einstellungen in der so genannten „Mitte“ der Gesellschaft aufklären.

Für uns als GRÜNE JUGEND Niedersachsen ist klar: So lange es Nazis in Niedersachsen gibt, so lange es rassistisches und antisemitisches Gedankengut bei uns gibt, so lange werden wir nicht aufhören, aktiv dagegen vorzugehen. JedeR Einzelne kann was gegen Nazis tun. Also, auf geht's. Gemeinsam stoppen wir die Nazis! ●

*Sven-Christian Kindler,  
Sprecher der GRÜNEN JUGEND  
Niedersachsen*



Sven-Christian Kindler



## GRÜNER Wahlkampf vor Ort

Bei den Landtagswahlen haben wir insbesondere in der Fläche gewonnen. Dies ist ein Ergebnis des großartigen Engagements der Kandidatinnen und Kandidaten und der Kreis- und Ortsverbände. In allen 87 Wahlkreisen haben sich GRÜNE zur Wahl gestellt und ihren Beitrag zu einem guten Wahlergebnis geleistet.

Groß war auch der Einsatz der Bundesvorsitzenden und zahlreicher Abgeordneter. Nicht zuletzt sind unsere Spitzenkandidaten Ursula Helmhold und Stefan Wenzel unermüdlich durchs Land gefahren und haben Wahlkampf für uns gemacht.

Auf den folgenden Seiten wollen wir euch einen kleinen Eindruck von den vielen Aktionen vor Ort geben.

Allen an dieser Stelle noch mal ein herzliches DANKE OHNE WENN UND ABER!



Ina Korter, Hans-Jürgen Klein, Helge Thoelen, Hans-Joachim Janßen, Reinhard Bütikofer und Stefan Wenzel im Einsatz gegen die A22



Claudia Roth zusammen mit Berthold Brücher, Stefan Wenzel, Christa Garms-Babke und Stefan Brix mit Plakat gegen die Asse



Das Meer kommt schneller als man denkt: Aktion am Ernst-August Denkmal vor dem Hauptbahnhof in Hannover



Grünes Bayram Fest in Bramsche



Keine Elvertiefung! Reinhard Bütikofer und Stefan Wenzel demonstrieren zusammen mit örtlichen GRÜNEN an der Elbe



Grün ist gesund: Veranstaltung mit Bärbel Höhn und Andreas Meihies im Restaurant Mälzer in Lüneburg



Klima ohne wenn und aber – Auch bei schlechtem Wetter: Infolstand in Sittensen



Auf dem Weg zu plus 3,8 Prozent: Miriam Staudte am Infolstand in Lüneburg



Stromwechsellparty mit Jürgen Trittin und Brigitte Pothmer in Hildesheim



Studiengebühren kann man abwählen! Demo in Hannover



Grün-Rote Weihnachten in Harburg: Weihnachtsmarktaktion mit Ursula Helmhold und Ruth Alpers



Helge Limburg und Hendrik Heuermann bei der Vorstellung der CD der Grünen Jugend „Abrocken und Nazis stoppen!“



Mit einem Sonderzug nach Diepholz: Aktion von Stefanie Hennecke und Helge Limburg



Danke ohne wenn und aber: Dank an alle Aktiven im Wahlkampf!



## Aufbruch ins solare Zeitalter

**Niedersachsen muss das Land der blauen Dächer werden**



„Wende dich der Sonne zu, dann fallen die Schatten hinter dich“, heißt ein chinesisches Sprichwort. Glücklicherweise wird diese Erkenntnis immer mehr beherzigt: Im letzten Jahr hat die neu installierte Photovoltaikleistung bundesweit erstmals die 1.000 Megawatt-Marke überschritten. Bevor im Jahr 2000 das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) in Kraft getreten ist, waren es nicht einmal 40 Megawatt. Inzwischen bringen es die rund 430.000 Photovoltaikanlagen auf eine Jahresleistung von rund 3.000 Gigawattstunden. Wäre diese elektrische Leistung mit Steinkohle produziert worden, hätten wir über zwei Millionen Tonnen klimaschädigendes CO<sub>2</sub> mehr in die Atmosphäre gepustet.

Auch in wirtschaftlichen Zahlen lässt sich die solare Erfolgsgeschichte messen: Allein in den vergangenen zwei Jahren haben sich die Arbeitsplätze in der Photovoltaikbranche auf aktuell über 40.000 fast verdoppelt, die meisten bei mittelständischen Handwerksbetrieben. Investitionen in Auf-, Ausbau und Modernisierung von Solarfabriken beliefen sich 2007 auf rund 1,6 Milliarden Euro. Die deutsche Solarindustrie ist binnen weniger Jahre zum Global-Player aufgestiegen: 2010 wird jedes zweite in Deutschland produzierte Solarmodul mit einem Umsatz von jährlich rund fünf Milliarden Euro in den Export gehen.

Welches Potenzial die Photovoltaik auch bei uns bietet, hat die Fachhochschule Osnabrück jüngst in ihrem Forschungsprojekt „SUN AREA“ ermittelt: Auf den Osnabrücker Dächern könnten mit bereits verfügbarer Technik rund 70 Prozent des Strombedarfs der privaten Haushalte produziert werden, so das Ergebnis der Osnabrücker Geoinformatiker.

**Niedersachsen muss das Land der blauen Dächer werden!**

Wir wenden uns gegen die von Schwarz-Rot im Bund mit der EEG-Novelle geplante schnellere Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom. Die derzeitige Absenkung der Einspeisevergütung für Neuanlagen von jährlich 5 bis 6,5 Prozent stellt die Branche vor die große Herausforderung, diesen Anteil durch bessere Technik und effizientere Produktion einzusparen. Diese Schraube schneller anzudrehen, würgt den Erfolgsmotor ab. Wir fordern, dass landeseigene Gebäude oder Lärmschutzwände an Straßen für die Photovoltaik zu lukrativen Konditionen verfügbar gemacht werden. Weil sich nicht jede Fläche eignet, muss auf Grundlage vorhandener Daten ein Kataster der geeigneten Flächen erstellt und veröffentlicht werden.

Seit Jahren blockiert Schwarz-Gelb in Niedersachsen die Möglichkeit, dass Kommunen Solarthermie in Neubaugebieten zur verbindlichen Auflage machen. Außerdem dürfen immer noch große Hallendächer gebaut werden, die auch später nur aufwendig mit einer Solaranlage nachgerüstet werden können. Das wollen wir ändern. Darüber hinaus wollen wir Forschung und Entwicklung in Niedersachsen – zum Beispiel im Solarforschungsinstitut in Hameln – stärker fördern. Regionale Klimaschutzagenturen sollen unter anderem Beratung zu den Themen solare Architektur, Solarthermie und Photovoltaik anbieten.

Unsere Idee, mit grünen Projekten schwarze Zahlen zu schreiben, ist also auch im Bereich der Solarenergie längst Realität. Das muss weitergehen. Jetzt. Für Morgen. ●

### 100 Prozent Solar

Der Grüne Landesverband hat 2005 eine Photovoltaikanlage auf einer Schule in Hannover finanziert. Diese hat in diesem Jahr mit 10.990 kWh zu über 100 Prozent den in der Geschäftsstelle verbrauchten Strom produziert (etwa 10.500 kWh). Es wurden damit in 2007 rund sechs Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart, seit Installation 13 Tonnen.

Auch finanziell lohnt sich dieses Engagement. Der Ertrag entspricht etwa einer Kapitalverzinsung von 4,3 Prozent.



Josef Voß

## Gen-Alarm in Niedersachsen

„Wir wollen den Schiet nicht haben!“

Volle Bürgerversammlungen – „Wir wollen den Schiet nicht haben!“ – Bauernproteste...  
An vielen Orten Niedersachsens ist es zur Zeit das gleiche: Gen-Alarm!

Grund sind die gemeldeten Flächen, auf denen im April der genmanipulierte Mais MON810 – die einzige für den kommerziellen Anbau zugelassene Genpflanze in Europa – angebaut werden soll. Dieser Genmais von MONSANTO produziert das Insektengift Bt. Selbst das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit kommt zu dem Schluss: „(...) neue oder zusätzliche wissenschaftliche Erkenntnisse geben berechtigten Grund zu der Annahme, dass der Anbau von MON810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt.“

Studien ergeben, dass das Zellgift außer für den Maiszünsler auch für andere Insekten und Schmetterlinge wie zum Beispiel das Tagpfauenauge tödlich ist. Der bt-Mais stellt daher eine erhebliche Gefahr für die biologische Vielfalt dar.

### Großversuch mit ungeklärten Risiken

Obwohl auf Bundesebene laut Standortregisteranmeldungen für 2008 eine Verdoppelung der Genmais-Fläche geplant ist (von 2.685 ha auf 4.236 ha), hat sie in Niedersachsen von rund 23 ha auf etwa 16 ha abgenommen. Sicher auch ein Erfolg unserer Protestkultur.

In Niedersachsen sind Standorte im Wendland, bei Lüneburg, Wedemark, Neustadt, Sickte, Söllingen und Hohenhameln betroffen. Ökologisch und konventionell wirtschaftende Landwirte befürchten dort zu Recht die gentechnische Verunreinigung ihrer Felder und einen Wertverlust der Ernte. Dafür gibt es gute Gründe. Koexistenz zwischen gentechnikfreier und genmanipulierter Landwirtschaft ist nicht möglich. Das Gentechnikgesetz sieht Abstandsflächen von 150 Metern bei konventionellem Anbau, 300 m bei Bioanbau vor. Eine Studie aus Kanada wies aber kürzlich nach, dass die Verbreitung des Genmais durchaus mehr als hundert Kilometer betragen kann. Die ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen dieser Technologie sind weiterhin ungeklärt – das Freisetzen von gentechnisch veränderten Organismen in die Natur ist ein Großversuch mit

ungeklärten Risiken für Menschen, Tiere und Pflanzen. Österreich, Ungarn, Polen, Schweiz und Frankreich haben aufgrund dieser Risiken bereits ein komplettes Anbauverbot für Genmais erlassen. Nicht so in Deutschland. Hier hat Bundesminister Seehofer sich über die Bedenken seiner eigenen Fachbehörden und zahlreicher Studien hinweggesetzt und der Gentechlobby Tür und Tor geöffnet.

### Widerstand zeigt erste Erfolge

Dagegen bildet sich weiter breiter Widerstand aus Landwirten, VerbraucherInnen und Grünen. Die Veranstaltungen in den betroffenen Kreisen sind rappelvoll. Bereits jetzt gibt es in Deutschland 176 Initiativen für Gentechnikfreie Regionen, an denen 27.476 Landwirte beteiligt sind. Der Protest zeigt auch erste Erfolge: In Trebel im Wendland zog der betroffene Landwirt bereits die Meldung zum Standortregister zurück. Teilweise ist es auch die Landwirtschaftskammer selbst, die den Genpflanzenanbau betreibt und damit bewusst die Existenz vieler gentechnikfrei produzierender Landwirte gefährdet. Hier ist Druck auf allen Ebenen nötig. Über 70 Prozent der VerbraucherInnen lehnen genmanipulierte Lebensmittel ab. Die Gentechnik muss sich vom Acker machen! ●

*Christian Meyer, MdL, Sprecher  
für Landwirtschaftspolitik,  
Verbraucherschutz, Natur- und  
Tierschutz*



Christian Meyer



Grüne aus den Landkreisen Lüneburg und Lüchow-Dannenberg haben die erfolgreichen Proteste gegen den Genmais-Anbau in Tosterglope angeschoben.

## Die neue Grüne Landtagsfraktion



Bei der Landtagswahl am 27.1.2008 erreichten die Grünen 8,0 Prozent der Stimmen und damit zwölf Sitze im Landtag. Hier die neue Fraktion im Plenarsaal.



Der neue Fraktionsvorstand mit Gabriele Heinen-Kljajic, Stefan Wenzel (Fraktionsvorsitzender), Ursula Helmhold und Miriam Staudte.



**Stefan Wenzel**  
Fraktionsvorsitzender  
Umwelt, Energie, Atom  
Region Göttingen, Goslar,  
Northeim-Einbeck, Osterode  
Tel. 0511/3030-3301  
Stefan.Wenzel@lt.niedersachsen.de  
www.wenzel-goe.de  
Referentin: Miriam Koch



**Dr. Gabriele Heinen-Kljajic**  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
Wissenschaft, Kultur,  
Erwachsenenbildung  
Region Braunschweig, Helmstedt,  
Wolfsburg, Wolfenbüttel  
Tel. 0511/3030-3304  
Gabriele.Heinen@lt.niedersachsen.de  
www.heinen-kljajic.de  
Persönl. Mitarb.: ab 1.4.08 Josef Voß



**Ursula Helmhold**  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
Parlamentarische Geschäftsführerin,  
Soziales, Pflege, Gesundheit, Medien  
Region Schaumburg  
Tel. 0511/3030-3302  
Ursula.Helmhold@lt.niedersachsen.de  
www.ursula-helmhold.de  
Persönl. Mitarb.: Marion Lenz



**Miriam Staudte**  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
Kinder, Jugend und Familie,  
Bauen & Wohnen  
Region Gifhorn, Harburg, Lüchow-  
Dannenberg, Lüneburg, Uelzen  
Tel. 0511/3030-3309  
miriam.staudte@lt.niedersachsen.de  
www.miriam-staudte.de  
Persönl. Mitarb.: Petra Brühl-Sasse



**Ralf Briese**  
Innenpolitik, Kommunalpolitik, Sport  
Region Ammerland, Aurich-Norden,  
Emden, Leer, Oldenburg (Stadt)  
Tel. 0511/3030-3314  
Ralf.Briese@lt.niedersachsen.de  
www.ralf-briese.de  
Persönl. Mitarb.: Andrea Meyerhoff



**Enno Hagenah**  
Wirtschaft, Arbeit, Verkehr  
Region Hannover, Hildesheim, Peine  
Tel. 0511/3030-3308  
Enno.Hagenah@lt.niedersachsen.de  
www.enno-hagenah.de  
Persönl. Mitarbeiterin:  
Maaret Westphely



**Hans-Jürgen Klein**  
Haushalt und Finanzen  
Region Cuxhaven, Stade,  
Osterholz-Scharmbeck  
Tel. 0511/3030-3307  
Hans-Juergen.Klein@  
lt.niedersachsen.de  
www.hans-juergen-klein.de  
Persönl. Mitarbeiterin:  
Andrea Meyerhoff



**Ina Korter**  
Schule, Gedenkstätten  
Region Delmenhorst, Friesland,  
Oldenburg (Land) Wesermarsch,  
Wilhelmshaven, Wittmund  
Tel. 0511/3030-3312  
Ina.Korter@lt.niedersachsen.de  
www.ina-korter.de  
Persönl. Mitarbeiter: Josef Voß



**Helge Limburg**  
Recht und Verfassung, Rechts-  
extremismus, Strafvollzug, Kirche  
Region Cloppenburg, Diepholz,  
Nienburg, Vechta  
Tel. 0511/3030-3305  
Helge.Limburg@lt.niedersachsen.de  
www.helge-limburg.de  
Persönl. Mitarbeiter: Marcus Blumtritt



**Christian Meyer**  
Landwirtschaft, Verbraucher,  
Naturschutz, Tierschutz  
Region Hameln-Pyrmont,  
Holzminden, Salzgitter  
Tel. 0511/3030-3306  
christian.meyer@lt.niedersachsen.de  
www.christian-meyer-gruene.de  
Persönl. Mitarbeiter:  
Alexander Remmel



**Filiz Polat**  
Integration, Migration, Petitionen,  
Bundes- und Europaangelegenheiten,  
Denkmalschutz  
Region Emsland, Grafschaft Bentheim,  
Osnabrück (Stadt und Landkreis)  
Tel. 0511/3030-3303  
Filliz.Polat@lt.niedersachsen.de  
www.filiz-polat.de  
Persönl. Mitarbeiter: Stephan Beins



**Elke Twesten**  
Frauen, Schwule und Lesben, Häfen  
und Schifffahrt  
Region Celle, Rotenburg, Soltau-  
Fallingb., Verden  
Tel. 0511/3030-3310  
Elke.Twesten@lt.niedersachsen.de  
www.elke-twesten.de  
Persönl. Mitarbeiterin:  
Monika Baumgartner

## Entschießung der neuen Landtagsfraktion zur Konstituierenden Sitzung der 16. Wahlperiode

Das beste Wahlergebnis in der Geschichte der niedersächsischen Grünen hat uns in der Gesamtschau die Verantwortung für die nächsten fünf Jahre die Rolle der Oppositionsführer im Niedersächsischen Landtag zu übernehmen.

Keine andere politische Kraft in Niedersachsen stellt sich den wirklichen Herausforderungen der Zukunft: dem Klimawandel, der Globalisierung, der demografischen Entwicklung.

Wir legen Zukunftskonzepte vor und sind dabei, als derzeit einzige politische Kraft, bereit, auch unbequeme Botschaften zu vertreten. Stattdessen erleben wir einen Wettbewerb der Beliebigkeiten, der unfinanzierbaren Versprechungen und des Populismus. Wir bieten allen Landtagsfraktionen Gespräche über diese zentralen Herausforderungen des Landes an. Wir wollen prüfen, ob und wo es Gemeinsamkeiten und Handlungsbereitschaft gibt und wo die schlichte

Verleugnung der Realitäten beginnt. CDU und FDP fordern wir auf, in ihre laufenden Koalitionsverhandlungen die Vorschläge der Grünen für die soziale und ökologische Erneuerung Niedersachsens einzubeziehen:

Wir wollen, dass Niedersachsen mit einem Klima-Innovationsfond zum Technologieführer bei erneuerbaren Energien und bei der Effizienztechnologie als die entscheidenden Jobmotoren der Zukunft wird. Wir wollen, dass kein Kind die Schule mehr ohne Abschluss verlassen muss, dass jedeR Jugendliche eine Ausbildungsplatzgarantie erhält und dass Niedersachsen ein Kinder- und Jugendministerium einführt.

Wir fordern eine Initiative zur Integration zusammen mit MigrantInnen und Mehrheitsgesellschaft, basierend auf Respekt und Toleranz, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Dazu gehört die Gleichberechtigung im Alltag, eine Bildungsoffensive zur Anerkennung und Förderung

### Das steht zur Debatte

Nachrichten & Meinungen aus der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Landtag Niedersachsen

März 2008

#### „Das steht zur Debatte“

herausgegeben von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Landtag Niedersachsen – Redaktion  
V.i.S.d.P.: Jonny Peter (jp)

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon 0511 / 30 30-42 07  
gruene@lt.niedersachsen.de  
www.gruene-niedersachsen.de

kultureller und sprachlicher Potenziale in unserer Gesellschaft.

Wir fordern eine Frauenquote für das Kabinett. Bei der Regierungsbildung müssen 50 Prozent der Sitze im Kabinett an Frauen vergeben werden. ●

## Straße vor dem Gästehaus der Landesregierung jetzt „Boulevard Wulff“

**Ministerpräsident pflegt immer aufdringlichere Vermischung von Privatem und Politik**

Der Fraktionsvorsitzende der Landtagsgrünen Stefan Wenzel hat am 8.2.2008 in Hannover die Straße vor dem Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung in „Boulevard Wulff“ umbenannt. Der Grünen-Politiker will mit dieser Aktion gegen die seiner Meinung nach „immer aufdringlichere Vermischung von Privatem und Politik im öffentlichen Auftreten des Ministerpräsidenten“ aufmerksam machen.

Jüngstes Beispiel sei die Einladung von Redakteuren einer großen deutschen Sonntagszeitung zu privaten Interviews

mit Wulff und seiner Lebensgefährtin ins Gästehaus der Landesregierung. Im Beisein des Regierungssprechers hätte das Pärchen dort über Schwangerschaftskurse, Lieblingsdüfte und die anstehenden Hochzeitsvorbereitungen geplaudert. Als Ergebnis des Besuchs gab es am vergangenen Sonntag eine umfangreiche Berichterstattung unter dem Motto „So privat wie noch nie“. Stefan Wenzel will nun geklärt wissen, mit welchem politischen Interesse des Landes die Durchführung eines so genannten „Paar-Checks“ im Gästehaus der Landesregie-



rung begründet sein soll und ob es eine Leitlinie gibt, die die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Personal des Landes für private Anlässe regelt. ●

## Widerstand gegen Kohlekraft in Wilhelmshaven

Interview mit Werner Biehl zum geplanten Kohlekraftwerk-Bau in Wilhelmshaven



Werner Biehl

In Wilhelmshaven plant E.ON neben dem bisher vorhandenen 30 Jahre alten Kohlekraftwerk den Bau eines neuen Steinkohlekraftwerks. Dazu will ELEKTRABEL ein bis zwei weitere daneben stellen und die örtliche Raffinerie plant ein weiteres Steinkohlekraftwerk. Damit würde in Wilhelmshaven der drittgrößte Kohlekraftwerkkomplex der Welt entstehen. Hierüber sprachen wir mit Werner Biehl, dem GRÜNEN Fraktionsvorsitzenden im Rat.

**Bis zu vier neue Kohlekraftwerke in Wilhelmshaven – da müsste der örtliche Rat doch eigentlich laut protestieren?**

Das tut er mitnichten!

Die SPD – mit einem Mann des örtlichen Energieversorgers an der Spitze – singt das hohe Lied der notwendigen Versorgungssicherheit. Und da nur er von der Sache etwas versteht, sind alle anderen, die auch mitreden wollen und Kritik üben, nur Idioten.

Die CDU – mit einem Professor der Fachhochschule an der Spitze – singt das Lied der zukünftig auch noch zu bezahlenden Sozialkosten. Deshalb brauche man die entsprechenden Einnahmen. Und da er der einzige ist, der als Physiker und Mathematiker von der Sache Ahnung hat, sind alle anderen, die Kritik üben, Laien, die den Mund halten sollen.

Die FDP braucht die Kohlekraftwerke aus wirtschaftlichen Gründen: Je mehr Kohlekraftwerke desto wirtschaftlicher wird der Strom auch für die Verbraucher produziert.

**Welche Konsequenzen hast du und haben die GRÜNEN vor Ort aus der Zustimmung der anderen Parteien im Rat gezogen?**

Ich kann als grüner Bürgermeister (und damit Stellvertreter des Oberbürgermeisters) keine

schwarze Kohlepolitik vertreten und habe mein Amt zurückgegeben. Die absolut unnachgiebige Haltung der beiden Kooperationspartner CDU und FDP führte dann im Januar von unserer Seite zur Auflösung der Jamaica-Kooperation.

**Wie sieht der Widerstand außerhalb des Rats vor Ort aus?**

Seit Oktober 2007 gibt es eine sehr aktive Bürgerbewegung „Zeche Rüstereieler Groden“. Diese hat eine Bürgerbefragung durchsetzen wollen, die aber – so die Verwaltung – aus juristischen und formalen Gründen von der Mehrheit des Verwaltungsausschusses abgelehnt wurde. Die Haltung der Verwaltungsspitze, immer nur von einem neuen Kohlekraftwerk zu sprechen, die Untersuchungen und Gutachten aber für 4.000 MW durchzuziehen, hat nun eine „Ärztinitiative gegen vier Kohlekraftwerke“ auf den Plan gerufen. Diese haben sich mit den ganzen Immissionen Blei, Cadmium, Arsen, Quecksilber und Feinstäuben etc. auseinandergesetzt und macht in der Region eine gute Veranstaltung nach der anderen.

Unbedingt sehenswert! Am 1. März vernetzen sich in Wischhafen alle Bürgerinitiativen von Holland bis Mecklenburg-Vorpommern – Wilhelmshaven als Speerspitze des Klimaschutzes.

**Welche Hoffnung habt ihr, die neuen Kohlekraftwerke verhindern zu können?**

17 Gutachten, ein durchgepeitschter Flächennutzungsplan und die durchgepeitschten Bebauungspläne – wir hoffen natürlich auf sachliche und rechtliche Fehler. Der Flächennutzungsplan und der erste ebenso durchgepeitschte Bebauungsplan wurden drei Tage nach dem Ratsbeschluss schon veröffentlicht. Die genehmigende Landesbehörde hatte alle Genehmigungen also schon vor dem Ratsbeschluss fertig. Da hoffen wir natürlich auf entsprechende Fehler. Eine große Kanzlei aus Hamburg wurde mit der rechtlichen Vertretung beauftragt. Greenpeace Hamburg klagt; ein Normenkontrollantrag ist als Eilantrag in Lüneburg eingereicht. ●



## Ein Plakat macht Karriere



Selten wird über Plakate auch nach Wahlkämpfen noch heftig diskutiert. Mit unserer „Nazi-Katze“ ist uns dies gelungen. Zunächst wurde das Plakat lediglich auf der Homepage von Katzenliebhabern intensiv diskutiert. Irgendwann tauchte dann aber ein Artikel bei Welt-online auf. Darauf griffen es mehrere Blogger auf ihren Internet-Seiten auf. Bis in die USA wurde das Plakat nun kontrovers und zumeist positiv diskutiert. Schließlich berichtete auch die israelische Zeitung Haaretz über das „unusual poster“ ([www.haaretz.com/hasen/spages/948892.html](http://www.haaretz.com/hasen/spages/948892.html)). Auch hier löste es eine größere Debatte aus, die auf der Homepage nachzulesen ist.

Nach der Niedersachsen-Wahl haben die Münchner Grünen das Plakat in ihrem Kommunalwahlkampf noch mal eingesetzt. Sie wollten damit insbesondere auf eine rechte Partei aufmerksam machen, die unter dem harmlosen Namen „pro München“ auf Stimmenfang geht. Hier schließlich hat ein CSU-Stadtrat das Plakat scharf kritisiert, worauf es in der Münchner TZ einen großen Artikel gab.

Diesen wiederum hat die renommierte Werbezeitschrift Werben und Verkaufen aufgegriffen, um das Plakat auf ihrer Homepage zur Kreation des Tages zu küren. Inzwischen haben wir zahlreiche Mails bekommen von Personen, die das Plakat gerne haben wollen. Bis nach Argentinien geht es nun auf Reisen.

Bewusst haben wir mit dem Plakat Debatten provozieren wollen. Die Resonanz zeigt, dass dies tatsächlich funktionieren kann. Insbesondere in den Internet-Foren wird dabei sehr kontrovers und kritisch über den Umgang mit Nazis diskutiert. ●

## Der Landesvorstand



**Doro Steiner**  
Landesvorsitzende  
steiner@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0511 / 12 60 85 - 11



**Raimund Nowak**  
Landesvorsitzender  
nowak@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0511 / 12 60 85 - 21



**Dietmar Kuhn**  
Landesschatzmeister  
kuhn@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0551 / 517 74 27 (priv.)



**Anja Piel**  
stellvertretende Landesvorsitzende  
piel@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 05152 / 25 78 (priv.)



**Elke Twesten**  
stellvertretende Landesvorsitzende  
twesten@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 04263 / 31 09 (priv.)

## Die Landesgeschäftsstelle

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Landesverband Niedersachsen  
Odeonstraße 4 · 30159 Hannover  
Tel.: 0511 / 12 60 85 - 0 · Fax: 0511 / 12 60 85 - 85  
[www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de)



**Gabi Kutsche**  
Geschäftsführung, Frauenreferat (kommissarisch)  
geschaeftsfuehrung@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0511 / 12 60 85 - 22



**Renate Westphale**  
Organisation  
landesverband@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0511 / 12 60 85 - 24



**Martin Köne**  
Organisation  
landesverband@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0511 / 12 60 85 - 23



**Enno Isermann**  
Pressesprecher, Campaigner  
presse@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0511 / 12 60 85 - 44



**Helmut Delle**  
Kommunalreferat  
kommunales@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0511 / 12 60 85 - 88 · Fax 0511 / 12 60 85 - 90



**Jens Williges**  
Finanzen  
finanzen@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0511 / 12 60 85 - 66



**Dimitrij Konsewitsch**  
Grüne Jugend Niedersachsen  
gjn@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0511 / 12 60 85 - 77

# ● JA, Ich will Mitglied werden!

\_\_\_\_\_

Name, Vorname

\_\_\_\_\_

Straße, PLZ, Ort

\_\_\_\_\_

Telefon

\_\_\_\_\_

E-Mail

\_\_\_\_\_

Geburtsdatum

\_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift

## IMPRESSUM

Grüne Zeiten	Zeitung von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Niedersachsen
Erscheinungsweise	3 x jährlich als Landesbeilage des SCHRÄGSTRICH
Herausgabe und Verlag	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Niedersachsen, Odeonstr. 4, 30159 Hannover, Telefon 0511/12 60 85 - 0, Fax 0511/12 60 85 - 85, gz@gruene-niedersachsen.de
Redaktion	Enno Isermann (V.i.S.d.P.) Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Fotos	Archiv/privat; Grüne Landtagsfraktion
Satz und Layout	dacorpo design, Sabine Panse, Hannover
Druck und Vertrieb	in Kooperation mit SCHRÄGSTRICH und Oktoberdruck, Berlin
Auflage	4.600

# STADT LAND grün

## DAS NEUE HANDBUCH IST DA!

Klimaveränderung und demographischer Wandel, Bildungsnotstand und Debatten über soziale Gerechtigkeit – was unsere Gesellschaft bewegt, beschäftigt auch die Kommunalpolitik.

Wer im Kreistag, Stadt- oder Gemeinderat sitzt, muss sich in vielen Bereichen auskennen, von der Wirtschafts- und Finanz- bis zur Umwelt- und Kulturpolitik. Das Handbuch für alternative Kommunalpolitik führt in die einzelnen Themenfelder ein, zeigt die wichtigsten Probleme auf und weist auf Lösungswege sowie Gestaltungsspielräume hin.

Mit Beiträgen von Jutta Ebeling, Franziska Eichstädt-Bohlig, Manfred Busch, Hans-Josef Fell, Britta Haßelmann, Joachim Lorenz, Heiner Monheim, Michael Opielka, Wolfgang Pohl, Reiner Schiller-Dickhut, Elisabeth Schroedter, Bernd Wagner und anderen.

Bielefeld 2008, 320 Seiten



○ Ich bestelle \_\_\_ Exemplar(e) „STADT LAND grün“ zum Stückpreis von 16,80 € + Versandkosten

### Lieferung an folgende Adresse:

\_\_\_\_\_

Name/Vorname

\_\_\_\_\_

Straße/Nr.

\_\_\_\_\_

PLZ/Ort

\_\_\_\_\_

Kontoinhaber/in

\_\_\_\_\_

Konto-Nr. BLZ

\_\_\_\_\_

Bank/Postgiroamt

### Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen:

- Einzugsermächtigung
- Rechnung bei Lieferung erbeten
- Scheck, Bargeld, Briefmarken liegen bei

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

### Bestelladresse:

**AKP**, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld  
Tel.: 05 21/17 75 17  
Fax: 05 21/17 75 68  
e-mail: akp@akp-redaktion.de  
www.akp-redaktion.de